

Rede anlässlich der Verleihung des Theodor-Eschenburg-Preises der DVPW

Claus Offe

Ich bedanke mich von Herzen für die Ehrung, die mir Vorstand und Beirat der Vereinigung für mein Lebenswerk zugeschlagen haben. Es erfüllt natürlich jeden und jede von uns mit Freude und Befriedigung, wenn Kollegen den Eindruck zurückspiegeln, dass man sich klar ausgedrückt, sorgfältig gearbeitet, wichtige Probleme adressiert und dabei auf den ein oder anderen originellen Gedanken gestoßen ist. Mit dem Ausdruck solcher Gefühle erkläre ich in aller Form, dass ich den Preis gern annehme - wohl wissend, dass ich noch einige Arbeit vor mir habe, bevor ich mich mit so verdienten und verehrten Kollegen wie Gerhard Lehmbruch oder Wilhelm Hennis, zweien der früheren Preisträger, guten Gewissens auf eine Stufe stellen könnte.

Ich werde an dieser Stelle darauf verzichten, jenes „Lebenswerk“, dem die Ehrung ausdrücklich gilt, näher zu kennzeichnen – *wohlweislich* darauf verzichten, so wird der eine oder die andere von Ihnen sagen: denn anderenfalls stünde ja die Weisheit der von den geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Vorstandes und Beirates der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft getroffenen Entscheidung zur (gewiss nicht ganz unstrittigen) Debatte, den Preis an diese und nicht an eine der anderen sehr wohl ebenfalls in Betracht kommenden Personen verliehen zu haben. Aber mein Grund für diesen Verzicht ist viel einfacher: auch als zweifach emeritierter Professor hat man Interessanteres zu tun, als in den eigenen Werken zu blättern. Zwar haben sich die in ihnen behandelten Fragen, Argumentationsziele und Ergebnisse in allgemeiner Form unvermeidlich ins Gedächtnis des Verfassers eingegraben. Aber wenn man wie ich gegenwärtig im 107. Semester am Leben akademischer Institutionen teilnimmt, dann häufen sich mit den Jahren die leicht befremdlichen Erlebnisse, dass von dritter Seite etwas zitiert wird, in dem man die eigene Handschrift und Denkungsweise nicht auf den ersten Blick wiedererkennt. Bei solchen Gelegenheiten festigt sich dann die schöne Gewissheit, dass es auch im Felde der Politikwissenschaft einen wissenschaftlichen *Fortschritt* gibt: Behauptungen, die man vor vielen Jahren einmal aufgestellt und publiziert hat, erscheinen aus heutiger Sicht manchmal nicht so sehr als inhaltlich unvertretbar denn als allzu nebulös und unzulänglich begründet. So ist es mir kürzlich u. a. bei der Lektüre eines Kapitels des vorzüglichen Buches von David Strecker ergangen, in dem er sich meine Publikationen aus den 70er-Jahren vornimmt. Über solche überambitionierten oder untersubstantiierten Behauptungen, die in einer sonst nicht unfreundlichen Rezension eines britischen Kollegen einmal als „*endless striking of wet matches*“ – als unermüdlicher Versuch, mit feucht gewordenen Streichhölzern Feuer zu machen – karikiert worden sind, habe ich einen kleinen retrospektiven Aufsatz geschrieben, dem ich den – von den Herausgebern dann allerdings verworfenen – Titel gegeben habe: „Rote Fäden und lose Enden“.

Deshalb hier nur so viel: Inspiriert durch meinen Berliner akademischen Lehrer Otto Stammer und während einer insgesamt zehnjährigen und ungemein lehrreichen Zusammenarbeit mit Jürgen Habermas habe ich mich mit zwei Bereichen von Phänomenen und ihrem Zusammenhang wissenschaftlich beschäftigt, nämlich der *liberalen Demokratie* (ihrer Entstehung und institutionellen Konsolidierung, ihren Verfahren, Institutionen und Varianten, ihren Bestandsbedingungen und Selbstgefährdungen) und der *vertraglichen Lohnarbeit* (ihrer Entlohnung, sozialen Sicherung, ihrer Einbettung in institutionelle Verfahren des Machtausgleichs in kapitalistischen Marktgesellschaften). Dieser Zweipoligkeit des Arbeitsgebietes entsprachen die Lehrstuhlbezeichnungen: „Politikwissenschaft und Soziologie“ in Bielefeld und Bremen und dann, genauer und etwas weniger großspurig, „Politische Soziologie und Sozialpolitik“ an der HU Berlin. Wenn ich mit denselben Interessen Philosoph geworden wäre, hätte der Gegensatz von Freiheit und Gleichheit (der *scheinbare* Gegensatz, wie Axel Honneth jüngst gezeigt hat) stichwortgebend sein können. Während meines Berufslebens hatte ich das große Glück, von Kontakten mit intellektuellen Figuren wie Jon Elster, Sam Bowles, Niklas Luhmann, Ulrich Preuß und Bob Goodin für meine eigenen Arbeiten zu profitieren – dazu von den Forschungen von und dem anhaltenden Kontakt mit ehemaligen Studierenden wie Wolfgang Streeck, Erik Olin Wright und Stephan Lessenich.

Aber auf die Frage, ob die Geschehnisse auf den Arbeits- und v. a. Finanzmärkten im Begriff stehen, die Selbstabschaffung der Politik und die Aushändigung des Regierens an *nicht-gewählte* Funktionsträger voranzutreiben, steht ja nicht nur auf *meiner* Agenda ganz oben, sondern beschäftigt Wissenschaft und Publizistik heute auf breiter Front. Fritz Scharpf, mein Konstanzer Habilitationsvater, hat darauf aufmerksam gemacht, dass die wichtigsten Institutionen der EU mit ihren für das Leben der europäischen Bürger folgenreichsten Entscheidungen just diejenigen sind, die der Beachtung und Befolgung demokratischer Willensbildung am weitesten entrückt sind: Die EZB, der EuGH, und die Kommission. Die Beispiele Papademos und Monti zeigen, dass unter Bedingungen der Krise die Regierungsführung in die Hand nicht-gewählter Spitzenpolitiker gelangt. Wenn man den Euro einmal als Landeswährung akzeptiert hat und den Regierungen der beteiligten Ländern damit währungspolitisch die Hände gebunden sind, weil sie ihre nationalen Währungen nicht mehr abwerten können, dann *bleibt* ihnen, selbstverständlich im durchaus trügerischen Gemeinwohl-Interesse von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, nur mehr die Option, die *eigene Arbeitskraft* der Nation und die ihr zukommenden sozialpolitische Garantien bei Bedarf abzuwerten, z. B. die Renten auf 43 Prozent des letzten Lohnes – und die resultierenden Armutsrisken ggf. notdürftig aus allgemeinen Steuermitteln statt aus Erwerbseinkommen zu kompensieren – was dann gern als „Anspruchs inflation“ gegeißelt wird. Es scheint in diesem Zusammenhang nicht unerklärlich, dass bei sinkender politischer Kaufkraft des Stimmzettels, wie Streeck es genannt hat, wachsende Teile der Bevölkerung darauf zu verzichten geneigt sind, das demokratische Spiel als eines zu betrachten, an dem teilzunehmen sich noch lohnt. Aber ich will an dieser Stelle einen eindringlichen Rat meines Bielefelder Zimmernachbarn Niklas Luhmann

beherzigen, der mich schon früh, wenn auch nicht dauerhaft erfolgreich, gewarnt hat, ich solle mich nicht zu sehr „in die Aktualitäten verwickeln“.

Das ist alles, was ich an dieser Stelle zu meiner Person zu sagen habe. Statt weiterer Worte zum Preisträger und dem, was ihm durch den Kopf geht, würde ich mir gern erlauben, zu dem *Preis* selbst kurz etwas zu sagen, der dem Preisträger zugefallen ist und den zu akzeptieren er auf eine erste anfragende Benachrichtigung der Kollegin Tine Stein mit spontaner Freude zugesagt hat. Dieser Preis trägt bekanntlich den Namen Theodor Eschenburgs – ein Umstand, der mich im Juni vergangenen Jahres zu einem Schreiben an den Vorsitzenden der DVPW veranlasst hat. Aus ihm darf ich einige Sätze zitieren:

Meine nach meiner Zusage aufgekommenen „Zweifel beziehen sich natürlich nicht auf die Vereinigung, sondern allein auf den Namen von Theodor Eschenburg, den die Vereinigung seinerzeit (2000) sich entschieden hat, ihrem Preis zu geben.“

Ich, so schrieb ich, „habe [...] das bestimmte Gefühl, daß die Annahme eines solchen Preises durch seinen Destinatär diesen nicht nur mit der DVPW (der ich uneingeschränkt verbunden bin), sondern auch zu der Person in eine affirmative Beziehung setzt, nach der der Preis benannt ist und der durch diese Benennung eine gewisse Vorbildlichkeit zuerkannt wird. [...] Mein Dilemma ist das folgende: Falls, wie gesagt, die Annahme des Preises nicht nur den Empfänger ehrt, sondern auch Werk und Person des Namensgebers würdigt (und dies auch durch den Empfänger selbst), zögere ich, mich auf diese Implikation einzulassen. Für dieses Zögern habe ich zwei Gründe:

- (a) Das *Werk* von E. hat [...] wie ich ohne jede Herablassung feststellen möchte, den Charakter einer gleichsam ‚institutionenpflegerischen‘ politischen Publizistik, die auf Schritt und Tritt, fallbezogen und theoriefern, die Achtung staatlicher Autorität volkspädagogisch anmahnt [...]. Ich bin [...] dezidiert nicht der Meinung, daß der so zu kennzeichnende Typus akademischer Behandlung politischer Sachverhalte und Entwicklungen für die gegenwärtige Politikwissenschaft vorbildlich sein kann (und es ja auch für kaum einen unserer Zeit- und Fachgenossen tatsächlich ist).
- (b) Auch die *Person* von E. ist nicht so sehr durch seine Tätigkeit in der Nazi-Zeit (eine kurze Mitgliedschaft in einer SS-Formation sowie seine aktive Involviertheit in zum mindesten einen Fall von „Arisierung“) in ihrer Vorbildfunktion beschädigt, sondern aus meiner Sicht vor allem dadurch, daß E. sich m. W. auch in seinem später entstandenen umfangreichen Memoirenwerk nie zu einer ernsthaften sozialwissenschaftlichen und/oder moralischen Beschäftigung mit seinem eigenen damaligen Handeln und dessen Umständen hat durchringen können oder wollen; statt dessen ergeht er sich in diversen publizistischen Lobpreisungen von [...] [Hans] Globke“, also den Kommentator der Nürnberger Rassegesetze und späterem Leiter des Kanzleramtes unter Konrad Adenauer.

Mit diesen Bedenken und der aus ihnen hervorgehenden Anregung zu einer fachhistorischen und normbildenden Reflexion unseres Faches bin ich bei den Kolleginnen und Kollegen im Vorstand der DVPW auf eine bereits damals weit geöffnete Tür gestoßen. Vorstand und Beirat haben das soeben vorgelegte gründliche

historische Gutachten von Dr. Hannah Bethke, das die schon zuvor vertretende und begründete kritische Sicht des Kollegen Rainer Eisfeld (2011) weithin bestätigt, in Auftrag gegeben hat. Die Verfasserin kommt aufgrund ihrer gründlichen Recherchen zu dem Ergebnis, „daß Theodor Eschenburg im weitesten Sinne als Mitläufer des NS-Regimes betrachtet werden muß“ und empfiehlt die „Abschaffung des Preisnamens der DVPW“. Dieses absehbare Ergebnis war für Vorstand und Beirat wohl zuvor schon Anlass, ein Sonderplenum zum „Kontinuitätsproblem“ unseres Faches nach 1945 ins Programm dieses Kongresses aufzunehmen – ein Plenum, auf dem der verstorbene Kollege Michael Greven, mit dem ich befreundet war, schmerzlich gefehlt hat.

Die drei Reflexions- und entsprechenden zeitlichen Ebenen, auf denen eine solche Aufarbeitung fällig ist und bleibt, liegen auf der Hand. Es geht dabei um

- (a) die Ebene der Aufdeckung von historischen Tatsachen über Handeln und Unterlassen von Angehörigen der Gründergeneration unseres Faches *vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges* und des NS;
- (b) die Offenlegung und ggf. selbstkritische Beurteilung [im Ggs. zum „komunikative[n] Beschweigen“ (H. Lübbe)] dieses Handelns und Unterlassens durch die Akteure selbst, die *in der Gründungsphase* von Politikwissenschaft und Demokratie und über sie hinaus in Deutschland tätig waren; und es geht um
- (c) die politisch-moralische Beurteilung, welche die Befunde zu (1) und (2), also die Bilanz ihrer Großväter, bei den *gegenwärtig* in Forschung, Lehre, Publizistik und professionellem Verbandswesen aktiven Generationen von Politikwissenschaftlern finden und die aktuellen Nutzanwendungen und Konsequenzen, zu denen diese Beurteilung bei ihnen ggf. führt (also z. B. die Benennung eines Wissenschaftspreises der DVPW nach Theodor Eschenburg im Jahre 2000).

Mit analogen Problemen mit der dunklen und zunächst von den Akteuren weiter abgedunkelten Nachkriegs- und Kontinuitätsgeschichte ihrer Fächer haben sich Germanisten, Philosophen, Juristen, Historiker, Mediziner und andere intensiv herumschlagen müssen. Warum sollte es da ausgerechnet den Politikwissenschaftlern, mag man fragen, besser ergehen?

Was die erste dieser drei Ebenen angeht, nämlich den tatsächlichen Umfang von Konzessionen, Kompromissen, und Kollaborationen, die Akteure mit Organisationen des Nazi-Regimes eingegangen sind, so ist das Studium der Akten, wie es Bethke und Eisfeld geleistet haben, die offensichtliche Grundlage. Für dieses Studium gilt indes der gestern zitierte Satz: „Was wirklich war, steht nicht [notwendig] auch in den Akten.“ Immerhin steht in den Akten, dass Eschenburg sich als leitender Funktionär staatskorporatistischer Verbände in beratender Funktion an der Bearbeitung eines Dilemmas beteiligt hat, aus dem Brecht ein Lehrstück hätte machen können. Das Dilemma war, grob vereinfacht, dieses: Für die Enteignung des jüdischen Geschäftsmannes Wilhelm Fischbein erwies sich im November 1938 dessen eigene Mitwirkung in Gestalt einer Geschäftsreise nach London zu Verhandlungen mit einer britischen Bank als unerlässlich, deren Zustimmung für den geplanten rassistisch-räuberischen Eigentümerwechsel erforderlich war, – mit hin die Genehmigung eines Passes. Wäre ihm der Pass jedoch gewährt worden,

dann hätte sich für ihn die Möglichkeit eröffnet, seine Geschäftsbeziehungen und sein betriebliches Wissen mitzunehmen, um sich im Ausland eine neue wirtschaftliche Existenz aufzubauen. Innerhalb von vier Tagen votiert Eschenburg in der Frage der Passgenehmigung einmal so und einmal gegenteilig; er erklärt es für notwendig „die Arisierungsfrage schnellstens zu lösen“. Dafür teilt er dem Reichswirtschaftsministerium beflossen die Namen von Firmen mit, die an der Übernahme des Unternehmens interessiert sein könnten. Die entsprechenden bürokratischen Vermerke erregen auch heute noch, der Sache nach und ihrer Sprache nach, Erschrecken und Abscheu; ich empfehle die Lektüre.

Was *nicht* in den Akten steht, das sind die Gründe und Motive der Akteure und ihre Handlungen und Unterlassungen. Der *Interpretation* der Befunde bleiben Aussagen darüber vorbehalten, ob es sich bei den Handlungen und Unterlassungen um solche handelt, die von schierer Überlebensangst, wirtschaftlicher Not, oder karriereorientiertem Opportunismus, bequemlicher Selbstgleichschaltung, von wahrgenommener Aussichtslosigkeit verantwortlichen Handelns oder schlicht ideologischer Verblendung und Bedenkenlosigkeit angetrieben waren. Wo sich solche Fragen nicht eindeutig durch Analyse der Handlungskontexte beantworten lassen, können die vom heutigen Beobachter getroffenen Be- und Verurteilungen sehr wohl Züge des Wohlfeilen und Pharisäischen an sich haben.

Entscheidend ist deshalb die zweite Ebene: Wie haben sich Akteure rückblickend zu sich selbst und ihren Handlungen geäußert und verhalten, über ihre Motive und Situationen Auskunft gegeben und diese bewertet? Trotz der umfangreichen, teils von ihm selbst verfassten, teils aus verschrifteten Gesprächsprotokollen beruhenden autobiographischen Auskünfte fallen die Befunde zu dieser Frage – trotz der zeitgeschichtlichen Kenntnisse und Interessen des Verfassers – nicht so aus, dass man sie als respektabel, gar vorbildlich qualifizieren möchte. Es überwiegt vielmehr der Eindruck der verständnisheischenden Beschönigung, Verharmlosung und Rechtfertigung – ein Eindruck, der verstärkt wird durch apologetische publizistische Stellungnahmen zum Handeln anderer, wie Ernst von Weizsäcker und v. a. Hans Globke. Dabei hätte es Eschenburgs seit den 50er-Jahren gefestigtem Status als vielbeachteter Publizist und Politikberater sowie als hochangesehener akademischer Lehrer nicht schaden können, sondern diesen Status eher weiter bekräftigt, wenn er auf sein eigenes Handeln *vor* jener vermeintlichen „Stunde null“ jemals explizit und ungeschönt zu schreiben gekommen wäre. Zu diesen Fragen geben auch die öffentlichen Auskünfte sympathisierender Zeitgenossen mit ihren unvermeidlichen epistemischen Handicaps nicht zureichend Aufschluss.

Schließlich und abschließend zur dritten Frage, einer weit weniger wichtigen: Was hat die seinerzeit amtierenden Mitglieder von Vorstand und Beirat der DVPW wohl veranlasst, für einen Preis den Namensgeber Eschenburg zu wählen? Wenn es um den chronologisch ersten Inhaber eines politikwissenschaftlichen Lehrstuhls im Nachkriegsdeutschland hat gehen sollen, dann wäre die Wahl wohl auf Eugen Kogon (Darmstadt 1951) oder gar Wolfgang Abendroth (Marburg 1950) gefallen. Aber warum ist offensichtlich die rückwärtige Ausweitung des Zeithorizontes verworfen worden, die zur Berücksichtigung von hoch plausiblen Kandidaten aus dem Kreis der „Weimarer Juristen“ geführt hätte, in erster Linie

wohl der von Ernst Fraenkel (lt. der zweifelsfrei zutreffenden Einordnung von Wikipedia „einer der Väter der modernen Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland“), dann aber auch zu Namen wie denen von Hermann Heller, Franz Neumann oder Otto Kirchheimer. Wollten wir (ausnahmsweise) den Begriff des „*impact factors*“, also den eines problemerschließenden und theoriebildenden Wirksamkeits- und Geltungsmaßstabes, für politikwissenschaftliche Autoren anwenden und ernst nehmen, so käme jedem dieser Namen ein unbestreitbar größeres Gewicht zu als dem tatsächlich gewählten. In diesem Sinne hoffe ich ebenso gelassen wie zuversichtlich, dass, nachdem nun ein Stein ins Rollen gekommen ist, zukünftige Amtsträger der entsprechenden Empfehlung des Gutachtens von Frau Bethke folgen werden, dabei aber die Dilemmata der deutschen Fach- und politischen Geschichte am Beispiel des Lehrstücks Eschenburg in Erinnerung behalten werden.